

Birmas Opposition zwischen Hoffnung und Frustration

Seit Tagen herrscht Spannung unter den birmanischen StudentInnen in Bangkok. Aung San Suu Kyi muß "ihn" einfach bekommen. Am Morgen des 14. Oktober ist das Ob für manche schon kein Thema mehr. Zwar wird erst in sechs Stunden offiziell bekanntgegeben, wer in diesem Jahr den Friedensnobelpreis erhält, doch die Planung für die "Peace Prize Pizza Party" ist bereits im Gang. Ausgelassenheit ist sonst nicht gerade ein Charakteristikum der BirmanInnen, die seit 1988 in Bangkok Zuflucht vor Birmas Militärmachthabern, dem Staatsrat zur Wiederherstellung von Recht und Ordnung (SLORC), gesucht haben. Vielmehr bestimmt Frustration das Leben der meisten. Angst vor den thailändischen Behörden, vor der ungewissen Zukunft, nicht zuletzt vor Verrätern in den eigenen Reihen, hat die Hoffnung auf einen erfolgreichen Kampf gegen das Militärregime in Rangun fast zerstört.

Sammellager für Asylsuchende

"Seit einem Jahr wissen wir von dem geplanten "Sicherheitscamp". Für uns steht fest, freiwillig gehen wir dort nicht hin." Der ehemalige Botanikstudent¹ hält den Plan des thailändischen Innenministeriums, ein Sammellager für Asylsuchende aus Birma einzurichten², für völlig inakzeptabel. Seit zwei Jahren ist er in Bangkok. Nach Verhaftung und Folter in Rangun floh er wie Tausende in den Dschungel. Die Hoffnung, an der Grenze internationale Hilfe zu finden und von den Karen Waffen zu erhalten, wich schnell der harschen Realität. "Die Desillusionierung setzte eigentlich gleich am ersten Tag ein", erzählt der ruhige 23jährige. Innerhalb von sechs Monaten sank die Zahl von fast 10.000 StudentInnen auf 3.000, die im Dschungel blieben. Viele gingen nach Bangkok, um von dort aus "mit Informationsarbeit, den Kampf gegen den SLORC zu unterstützen".

Der thailändischen Regierung sind die StudentInnen jedoch ein Dorn im Auge. Bangkok eignet sich zu sehr als Demonstrationsschauplatz. Thailand, nach der VR China größter Handelspartner des SLORC, befindet sich auf einer steten Gratwanderung zwischen wirtschaftlicher Interessenswahrnehmung im Nachbarstaat und Beschwichtigung westlicher Wirtschaftspartner. Mittlerweile schlägt die Regierung Kapriolen, um es allen

Recht zu machen. So gratulierte Premierminister Anand Aung San Suu Kyi zum Friedensnobelpreis, ein Glückwunschtelegramm schickte er nicht. Birmas führende Dissidentin sei schließlich kein Mitglied der Regierung. Die Auszeichnung werde auch keine Auswirkungen auf die Handelsbeziehungen der beiden Staaten haben³, so die eifertige Versicherung.

Fauler Kompromiß

Auch das sog. Sicherheitscamp wird von Kritikern als beschwichtigender Kompromißversuch bewertet. Der SLORC müßte nicht länger mitansehen, daß eine große Gruppe derer, die 1988 die Demokratiebewegung mitangeführt hatten, in Thailand "frei" herumläuft. Westliche Nationen könnten es der Regierung nicht ernsthaft verübeln, ein "Flüchtlingslager" einzurichten. Offiziell

strieren. Wer will uns denn garantieren, daß die keinen Zaun bauen, sobald wir erstmal dort sind?" Das Mißtrauen der StudentInnen ist groß. "Wer weiß, ob unsere Namen nicht an den SLORC weitergehen würden? Dann könnte der Druck auf unsere Familien ausüben. Außerdem ist das Lager keine 100 Kilometer von der birmanischen Grenze entfernt." Die Ängste werden von den meisten geteilt.

Schien die Position der Studierenden im Oktober noch unverrückbar, werden sie sich der Anordnung des Innenministeriums kaum noch entziehen können: Jeder Asylsuchende, der sich nicht registrieren läßt, soll als illegaler Einwanderer deklariert werden und könnte demnach sofort abgeschoben werden. Thailand hat die Genfer Flüchtlingskonvention nicht unterzeichnet und von daher ist der "Handlungsspielraum" groß.

Betroffen sind nicht nur die StudentInnen in Bangkok, sondern beispiels-



Büro der NLD in Manerplaw

Foto: M. Neubert

haben die StudentInnen zwar keinen Flüchtlingsstatus, aber fast 1800 sind beim Flüchtlingshochkommissariat (UN-HCR) als "people of concern" registriert.

Im April nächsten Jahres soll das Lager in Tambon Wang Manao in der Provinz Ratchaburi bezugsfertig sein. Die Baracken, die vorher von einer Grenzpolizeiinheit bewohnt wurden, werden renoviert. Registrieren lassen sollen sich die StudentInnen ab Dezember, hat das Innenministerium im November entschieden. "Wir lassen uns nicht regi-

weise auch diejenigen, die in Mae Sot geduldet werden. In der Grenzstadt zu Birma gibt es eine Gruppe von rund 60 Studierenden, die dort in einer provisorischen Klinik eine medizinische Grundausbildung erhalten. "Die medizinische Versorgung in den befreiten Gebieten reicht bei weitem nicht aus", erzählt ein ehemaliger Orientalistikstudent. Im September war er zum ersten Mal außerhalb der Klinik im "Einsatz". Ein kleines Erste-Hilfe-Team war in süd-birmanischen Dörfern, die Mitte August

von einer Flutkatastrophe zerstört worden sind.

Hilflos versuchen die Hilfsorganisationen, dem Camp das Beste abzugewinnen. Nach Besichtigung des ehemaligen Grenzpolizeilagers, das nach einer Renovierung das "Sicherheitscamp" werden soll, scherzt jemand zynisch: "Das Lager liegt in einer traumhaften Gegend. Wäre ein prima Urlaubsort für unsere Mitarbeiter." Ein anderer meint: "Eigentlich werden sich die Studenten dort viel freier bewegen können als in Bangkok." 'Eigentlich' ist relativ – zwar sollen sie mit Erlaubnis des Lagerverwalters oder des Innenministeriums das Lager verlassen können. Zwar wird ihnen Nahrung und Unterkunft zur Verfügung gestellt, selbst an ein Ausbildungsprogramm ist gedacht, aber politische Aktivitäten sollen grundsätzlich verboten werden. Die Opposition innerhalb Birmas ist mundtot, die birmanischen Dissidenten in Thailand werden es bald sein.

Geiente Opposition

In Manerplaw, dem Hauptquartier der politischen Opposition, ist die Stimmung zur Zeit eher positiv. Die Friedensnobelpreisverleihung wird uneingeschränkt als eine "große moralische Unterstützung" gewertet. Die Straße zum Büro des Nationalen Solidaritätskomitee gegen die Militärdiktatur (ADNSC) heißt jetzt Aung-San-Suu-Kyi-Straße, und niemand will ernsthaft bezweifeln, daß sie der gemeinsame Weg in ein demokratisches Birma wird. ADNSC ist seit Februar die größte Schirmorganisation der Opposition. Sie verbindet die Demokratische Allianz Birmas (DAB), Bündnis der ethnischen Minderheiten und vieler politischer Gruppierungen, mit der Nationalen Liga für Demokratie (NLD, L.A.), die sich in den sog. befreiten Gebieten neu formiert hat.

"Wenn die Vereinten Nationen dem SLORC den Sitz aberkennen würden, dann wäre ihm der letzte Rest seiner Legitimationsbasis entzogen." U Win Khet, Generalsekretär des ADNSC und der NLD, L.A., macht deutlich, daß moralische Unterstützung nicht ausreicht. Die Hoffnungen auf die diesjährige UN-Vollversammlung sind groß. Doch noch scheint Ranguns Militärregierung, fest im Sattel zu sitzen. Bereits im letzten Jahr forderte ein schwedischer Resolutionsentwurf, die Machtübergabe an die Oppositionsparteien, die bei den Wahlen im Mai 1990 einen erdrutschartigen Sieg errungen hatten. Der Antrag scheiterte. Nicht nur die VR China hatte wenig Interesse, den südostasiatischen Nachbarstaat als Unrechtsregime zu deklarieren. Schweden hat mit Rückendeckung der Europäischen Gemeinschaft, Australiens und anderer Staaten dieses Jahr einen leicht modifizierten Entwurf eingebracht, der in erster Linie die Menschenrechts-

situation thematisiert (vgl. *Nachrichten*). Der Sitz des SLORC wird, entgegen den Hoffnungen der Opposition, damit vorerst unangetastet bleiben.

Anti-Chauvinismus prägt das neue Klima

Unterdessen demonstriert die Opposition Einheit. Die Nationale Union der Karen (KNU), für die Manerplaw schon seit vier Jahrzehnten Zentrum des Widerstandes ist, hält den ersten Kongreß seit 1974 ab. In der Versammlungshalle, wo der politische Kurs diskutiert wird, verkünden Spruchbänder "Einigkeit ist Stärke" und meinen damit nicht nur Einheit gegen die einst verhaßte birmanische Bevölkerungsmehrheit. "Anti-Chauvinismus" ist das Schlagwort, welches das neue Klima prägt. "Aung San Suu Kyi steht auf der richtigen Seite. Wir



Die geeinte Opposition in Manerplaw

Foto: Archiv

können ihr vertrauen", sagt Naw Ka Pray, stellvertretende Vorsitzende der Karen-Frauenorganisation. Obwohl die Friedensnobelpreisträgerin selbst ethnische Birmanin ist, sind nicht nur die Frauen davon überzeugt, Suu Kyi achte die Rechte der Minoritäten und kämpfe für wahre Demokratie.

Auch die Nationale Koalitionsregierung der Union Birma (NCGUB), die im letzten Dezember in Manerplaw als Gegenregierung zur Junta in Rangun ausgerufen wurde⁴, wird von allen oppositionellen Gruppen als offizielle Vertretung akzeptiert. Das macht deutlich, wie sehr die einst verfeindeten Gruppen zusammengerückt sind. Dr. Sein Win, Premierminister der NCGUB ist Aung San Suu Kyis Cousin. Gemeinsam mit Außenminister Peter Limbin und Finanzminister Win Ko reist er zur Zeit durch Europa und Nordamerika, um eine Lobby für die

Interessen der birmanischen Bevölkerung zu gewinnen. Sann Aung, in Manerplaw gebliebener Gesundheitsminister, sitzt unterdessen mit U Win Khet einer Delegation von Republikanern gegenüber, die Lobbyarbeit für das US-amerikanische Demokratiemodell betreiben. Die Angst, vereinnahmt zu werden, scheint nicht zu bestehen. Zu groß sind die Hoffnungen, die sich an die Sanktionsmöglichkeiten der Internationalen Gemeinschaft gegen den SLORC knüpfen.

Konflikte bleiben trotz der errungenen Einheit nicht aus. So hat sich die All Burma Students' Democratic Front (ABSDF) nach wochenlangen Verhandlungen gespalten (vgl. *Nachrichten*). Bereits während der Konferenz signalisierte die DAB, sie werde sich in die Politik einer ihrer Mitgliedsgruppen nicht einmischen. Den StudentInnen in Bangkok hat dieses Ergebnis der Konferenz einen

weiteren Schlag versetzt. "Gerade jetzt, wo wir alle Energien brauchen, wo wir zusammenhalten müssen ..." Die Enttäuschung über den Bruch in der Organisation steht dem Studenten ins Gesicht geschrieben. Ob die studentische(n) Fraktion(en) im Dschungel ab Dezember Zulauf aus Bangkok erhalten, sei dahingestellt.

Silvia Feist

Anmerkungen:

- 1 Im Hinblick auf die schwierige Situation der StudentInnen in Bangkok, habe ich meine GesprächspartnerInnen nicht benannt. Auch die VertreterInnen der verschiedenen Hilfsorganisationen wollten namentlich nicht erwähnt werden, da sie negative Folgen für ihre Arbeit befürchten.
- 2 vgl. *The Nation* 25.9.91; BP 3.11., 12.11.91
- 3 BP 16.10.91
- 4 vgl. SOAI 1/91